

GEW

EuWiS

Dezember 2016 | Januar 2017

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

Bildung. Weiter denken!

GEW

... heißt für mich ...

Humor Miteinander
Gesundheit Gemeinschaft

Teilhabe
ermöglichen

prekäre Beschäftigung
beenden!

mehr Geld für
Bildung

GEWERKSCHAFTSTAG 2016

BILDUNG IST MEHRWERT!

Bildung. Weiter denken!



04

Thema: Gewerkschaftstag 2016 | Bildung. Weiter denken!

Editorial 03

Thema: Gewerkschaftstag 2016 04

04 Bildung. Weiter denken!
Leitantrag

07 Gemeinsam erfolgreich arbeiten
Rede des neuen Landesvorsitzender der
GEW-Saarland Thomas Bock

09 Junge Flüchtlinge im Saarland
Spannende und detailreiche Diskussion

Berufliche Bildung & Weiterbildung 10

10 Anerkennungsgesetz erfolgreich

Schule 11

11 Tag der gebundenen
Ganztagsschule
Am 04. November 2016

13 Ergebnis genauer betrachtet
die Daten des Ländervergleichs

Gewerkschaft 14

14 Jahrestagung der GEW-Redakteure

14 Vorbereitung zum 28.
Gewerkschaftstag der GEW
Der Wahlausschuss informiert

15 Frauen in Funktionsstellen
GEW-Seminar

16 GEW-Busfahrt zur didacta 2017
GEW-Exkursion

17 Mit dem Blick der Fachgruppe

Bücher & Medien 18

18 Querschnittsaufgaben von Schule

18 Schule leiten von A bis Z

19 Voneinander lernen,
Miteinander handeln
Integration auf dem Lande | Neuer Film von
Paul Schwarz

20 Zivilcourage. Wie der Staat seine
Bürger im Stich lässt

21 Gute Geschenke ...

Geburtstage & Jubiläen 22

22 Dezember 2016

22 Schlusswort

23 Januar 2017



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr

Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr

Telefon: 0681 / 66830-0,

Telefax: 0681 / 66830-17

E-Mail: info@gew-saarland.de

Internet: http://www.gew-saarland

GEW-Service

Beratungszeiten für
Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,

Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,

Tel.: 0681 / 66830-13,

E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de

Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter

Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für
Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez Haselberger, Tel.: 0681 / 66830-14

E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

Beratung für Beschäftigte und Freiberufler
(Erwachsenen- & Weiterbildung)

Georges Hallermayer

georges.hallermayer@wanadoo.fr

Beratungsdienst für
Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Marlene Wagner

Tel.: 06833/1435 (nachmittags)

Redaktionsschluss

10.01.2017

(Februar-Ausgabe)

06.02.2017

(März-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum

Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft (GEW) im DGB,
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17
info@gew-saarland.de

COD Büroservice GmbH
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Bildnachweis
u.a. fotolia.de, privat

Redaktion
Agnes Bender-Rauguth,
Helmut Bieg,
Judith Frankenhäuser,
Anna Haßdenteufel,
Matthias Römer (verantwortl.)

Titelfoto
GEW-Saarland

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für
unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine
Gewähr übernommen.

Anzeigenverwaltung
Andreas Sánchez Haselberger
a.sanchez@gew-saarland.de
Druck



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich nehme drei zentrale Dinge von unserem außerordentlichen Gewerkschaftstag mit, die ich euch nicht vorenthalten will, ist doch die Dokumentation von Teilen dieser Veranstaltung unser Leitthema für diese Ausgabe.

1.

Peter Balnis fehlt. Und wir haben alle an diesem Tag gemerkt, wie schmerzlich der Tod von Peter die GEW im Mark getroffen hat. Auch wenn dieses Ereignis nunmehr schon über ein halbes Jahr zurückliegt, war sein guter Geist zu spüren. Mit Tom Bock haben wir einen kundigen und guten Vorsitzenden gefunden, der die GEW kollegial führen und sicherlich auch die Arbeit von Peter weiterführen wird.

2.

Die Themen gehen uns nicht aus und in unserem Bemühen als Gewerkschaft, Beschäftigten im Bildungsbereich den Rücken zu stärken dürfen wir nicht nachlassen, die Verhältnisse zu kritisieren, die aus unserer Sicht im Bildungsbereich missständig sind, auch wenn wir es glücklicherweise im Moment mit einem Ressortchef zu tun haben, der in vielen Dingen unserer Meinung ist (siehe 3.). Die GEW ist notwendiger denn je im Konzert der Verbände und Interessensvertreter, weil sie die Bildungsgewerkschaft ist und eben nicht nur ein Lehrerverband. Diese Bildungsgewerkschaft müssen wir mehr leben und ich hoffe, dass wir mit den Neubesetzungen im GV dazu die Weichen gestellt haben.

3.

Der Minister liest die EuWiS und das sogar gründlich. Das freut die Redaktion besonders,

zeigt es doch, dass wir als EuWiS relevante Themen anstoßen und kritische Akzente setzen. Dass er es nicht nur gut meint sondern auch gut machen will, hat er damit bewiesen, dass er nach Jahren der Abstinenz wieder zu unserer Gewerkschaft dazu gestoßen ist. Eine der guten Entscheidungen seiner ersten Amtszeit.

Auch außerhalb des Gewerkschaftstages gab es eine Reihe von Ereignissen, denen wir uns noch in dieser letzten Ausgabe des Jahres 2016 widmen wollen. Wie immer schließen wir mit dem Dank an unsere Leser und der Bitte um Mitarbeit. Denn nur wer mitmacht, kann auch Akzente setzen. ■

In diesem Sinne Frohe Festtage
Matthias Römer



ANZEIGE



Wir drucken für unser Leben gern



COD Büroservice GmbH

Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken

Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301

print@cod.de www.cod.de

Bildung. Weiter denken!

Leitantrag

Mit dem Ziel einer grundsätzlichen Positionsbestimmung diskutierten die Delegierten bildungspolitisch aktuell relevante und einigten sich mit großer Mehrheit auf den Beschluss eines Leitantrags in der vorliegenden Fassung.

Kindertageseinrichtungen

Arbeitsverdichtung, ein unzureichender Personalschlüssel, zu wenig Zeit für pädagogische Arbeit sowie zu wenige Möglichkeiten für Fortbildung und Kooperation im Team erschweren die Arbeit der Fachkräfte in den Einrichtungen.

Um gute Qualität frühkindlicher Bildung gewährleisten zu können, müssen folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

Bundes-KiTa-Qualitätsgesetz

Das Kita-Qualitätsgesetz soll einen Beitrag dazu leisten, bundesweit vergleichbare Lebensverhältnisse für Kinder zu schaffen. Viele Studien belegen, dass in der frühen Kindheit die Weichen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gestellt werden. Die GEW fordert dringend ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz, das hohe Mindeststandards sichert, die gewährleisten, dass es nicht mehr dem geographischen Zufall überlassen wird, in welchem Umfang ein Kind Förderung in seiner Entwicklung erfährt.

Die Mindeststandards umfassen:

- die Fachkraft-Kind-Relation (Alter bis 3:3 Kinder pro Fachkraft, Ü3: 7,5 Kinder pro Fachkraft),
- eine Berücksichtigung sowohl der Ausfallzeiten als auch der Verfügungszeiten bei der Personalbemessung (mind. 25%),
- die Freistellung der Leitungskräfte (grundsätzlich 20 Wochenstunden und rechnerisch 3,5 Stunden pro Fachkraft),
- die Fachberatung (1 Vollzeitkraft für max. 150 Mitarbeiter_innen),
- die kontinuierliche Qualifizierung der Fachkräfte durch ein garantiertes Recht auf Fort- und Weiterbildung und die Bereitstellung entsprechender Angebote,
- die Anerkennung mittelbarer pädagogischer Arbeitszeit,
- die Festschreibung bezahlter Vor- und Nachbereitungszeit,
- die auf den zusätzlichen Bedarf (z.B. Inklusion) bezogene Festschreibung ergänzen der Fachkräfte zur Ermöglichung multiprofessioneller Teams.

Nach dem erfolgreichen quantitativen Ausbau der Kitas wird immer deutlicher, dass es in den Einrichtungen erhebliche Qualitätsunterschiede gibt. Durch diese Mindeststandards kann die Qualität in den Kitas strukturell verbessert werden.

Beitragsfreiheit

Die GEW fordert die Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung. Als ersten Schritt zu diesem Ziel empfehlen wir die Ausweitung der schon bestehenden Regelungen bezüglich der Beitragsstaffelung im letzten Kindergartenjahr auf die gesamte Zeit der frühkindlichen Bildung in Kindertagesstätten. So werden zum einen die Vereinbarkeit von Schule und Beruf und zum anderen die möglichst frühe Teilhabe aller Kinder an frühkindlicher Bildung gefördert.

Für ein besseres EGO

Das 2015 erzielte Tarifergebnis im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) bei der Eingruppierung stellt einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Die GEW fordert die Höhergruppierung für alle Beschäftigten im SuE-Bereich für die nächste Tarifrunde 2020/2021.

Dringend notwendig ist auch eine tarifvertraglich abgesicherte Eingruppierung der Leitungen der sozialpädagogischen Bereiche an Ganztagschulen. Diese sollen wie Leitungen von Kindertagesstätten eingruppiert werden.

Allgemeinbildende Schulen

Ausbau des Ganztags

Grundsätzlich fordert die GEW den weiteren Ausbau der gebundenen Ganztagschule.

Um den weiteren Ausbau des gebundenen Ganztags zu verstärken, fordert die GEW die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Platz an einer gebundenen Ganztagschule. Dadurch soll der durch fehlende Angebote in einigen Regionen des Saarlands faktische „Zwangshalbtage“ durch ein echtes Wahlrecht abgelöst werden.

Außerdem fordert die GEW die Refinanzierung der Personalkosten für die Schulsozialarbeit durch die Landesregierung. Dadurch wird die Gründung von gebundenen Ganztagschulen für Schulträger attraktiver.

Arbeitszeit

Während die Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst im Laufe der Jahre reduziert wurde, ist die Arbeitszeit der Lehrkräfte durch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl im Jahr 2003 bei gleichzeitiger Zunahme außerunterrichtlicher Aufgaben gestiegen. Die erfolgte Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung im Bereich der Grundschulen muss daher auf alle Schulformen ausgedehnt werden. Zudem schlägt die GEW als Einstieg in ein neues Arbeitszeitmodell die Einführung einer Systemzeit von 2 Pflichtstunden zur Erledigung außerunterrichtlicher Aufgaben vor.

Schulleitungen an Grundschulen

Die GEW fordert, dass mehr Grundschulen eine Konrektor_innenstelle erhalten. Ein/e Schulleiter/in kann die immens gestiegenen Führungs- und Verwaltungsaufgaben nicht

mehr alleine bewältigen. Diese müssen auf mehrere Schultern verteilt werden.

In einem ersten Schritt schlägt die GEW vor, alle gebundenen Ganztagsgrundschulen, und alle Grundschulen mit besonders starken Belastungen (z.B. hohe Anzahl von Flüchtlings- und Zuwandererkindern) zeitnah mit einer Konrektor_innenstelle auszustatten. Die Landesregierung ist gefordert, die dafür notwendigen Änderungen im Besoldungsgesetz zügig vorzunehmen. Die bisherige Regelung, die Zahl der Schüler_innen als alleinige Messlatte für die Zuweisungen von Konrektor_innenstellen zu nehmen, geht an der Schulkwirklichkeit vorbei. Zusätzlich zu den neuen Funktionsstellen von Konrektor_innen fordert die GEW eine Erhöhung der Anrechnungsbzw. Deputatstunden für Schulleitungen und deren Stellvertreter_innen auf das Niveau der anderen Schulformen.

Da immer mehr Schulleitungsstellen an Grundschulen unbesetzt bleiben, sind diese

Schritte unumgänglich, wenn man die Attraktivität für diese verantwortungsvolle Aufgabe nicht schnellstmöglich steigert.

E/A13 als unterste Eingruppierung bei Lehrer_innen

Sowohl quantitativ als auch qualitativ sind Ausbildung und berufliche Tätigkeit der Grundschullehrer_innen und der Lehrkräfte im Sekundarbereich I gleichwertig. Zudem stellt die niedrigere Eingruppierung der Lehrer_innen im Primarbereich eine mittelbare Geschlechterdiskriminierung dar. Lehrer_innen, die im Sekundarbereich I unterrichten, aber bisher in E11/A 12 eingruppiert sind, müssen die Möglichkeit des Aufstiegs erhalten.

LEGO

Die jetzige Fassung des Tarifvertrages zur Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte ist für die GEW nicht akzeptabel. Die GEW wird diesen Tarifvertrag nur dann unterzeichnen können, wenn es substantielle Verbesserungen im Hinblick auf die Paralleltabelle und bei

den Eingruppierungen geben wird.

Inklusion

Um die inklusive Schule in die Richtung der von der UN-BRK geforderten Anforderungen zu entwickeln, muss die inklusive Schule mit multiprofessionellen Teams ausgestattet werden. Dazu gehört eine systemische Grundversorgung mit Regelschullehrkräften und Sonderpädagog_innen und eine Vertretungsreserve, sowie eine ausreichende Schulsozialarbeit, Sprachförderlehrkräfte, Heilpädagog_innen, Therapeut_innen, Pflegekräfte und Schulassistent_innen).

Inklusion braucht ebenso eine ausreichende räumliche und sächliche Ausstattung. Ebenso benötigt sie Systemzeit für die kooperative Arbeit (z.B. Schulentwicklung, Förderplanung, Coaching und Beratung) aller an der Inklusion Beteiligten. Inklusion braucht Evaluation, um Hinweise für Qualitätsverbesserungen zu erhalten.

Die doppelte Struktur von inklusive Schule und Regelschule soll überwunden werden.

Personalisierung

Die GEW begrüßt die Schaffung neuer Lehrer_innenstellen als Konsequenz zu den durch Zuwanderung und Geburtenzunahme gestiegenen Schüler_innenzahlen. Diesen Kurs muss die Landesregierung beibehalten.

Des Weiteren setzt sich die GEW dafür ein, dass die Landesregierung die Personalisierung der Schulen an einen Sozialindex knüpft, so dass Schulen mit größeren pädagogischen Herausforderungen (sogenannte belastete Schulen) eine höhere Personalzuweisung erhalten.

Für den Primarbereich ist es dringend notwendig, die Attraktivität der Profession zu steigern, da schon jetzt und in den nächsten Jahren ein dramatischer Mangel an ausgebildeten Grundschullehrkräften herrscht, beziehungsweise herrschen wird. In diesem Zusammenhang fordert die GEW die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung. Des Weiteren sind eine angemessene Ausstattung mit Schulverwaltungskräften und eine angemessene Ausstattung mit Schulleitungszeit unbedingt zu fordern.

Ausbau Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Die GEW begrüßt die kontinuierliche Personalisierung der Gemeinschaftsschulen mit Lehrkräften mit Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I und II.

Für die Leitung der neuen Oberstufenverbände fordert die GEW die Angleichung an



die Struktur und an die Besoldung der Oberstufenleitungen an Gymnasien (1 Abteilungsleiter_in Oberstufe und 2 Stellvertreter_innen), um die Koordination der einzelnen Standorte zu gewährleisten.

Oberstufenreform

Die von der Landesregierung beabsichtigte Reform der Gymnasialen Oberstufe verfolgt die Ziele Stärkung der MINT-Fächer und Ausweitung der Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf Spezialisierung. Die GEW begrüßt dies als ersten Schritt der Fortentwicklung der Gymnasialen Oberstufe.

Grundsätzlich setzt sich die GEW für eine Flexibilisierung der Gymnasialen Oberstufe ein. Sie soll 2-4 Jahre dauern, wobei die Sekundarstufe I in allen Schulformen den Schuljahrgang 10 umfasst.

Das Gymnasium zukunftsfähig machen

Auch am Gymnasium ist eine zunehmende Heterogenität der Schülerschaft festzustellen. Dies kann auch als Chance verstanden werden, erfordert allerdings mehr Individualisierung und Eingehen auf unterschiedliche Interessen, Lernvoraussetzungen und kulturelle Unterschiede. Das begonnene Projekt für Individuelle Lernbegleitung (ProFIL) ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die GEW fordert eine zügige Ausweitung auf alle Gymnasien.

Berufliche Schulen

Oberstufenverbände

Die GEW fordert eine allgemeine Stärkung der Beruflichen Schulen, indem die Bedeutung des beruflichen Profils dieser verschiedenen Schulformen für die individuellen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler herausgestellt wird. Auch das berufliche Gymnasium, das sich als Alternative zum Gymnasium bewährt hat, gehört zu diesen Schulformen. In diesem Zusammenhang vertritt die GEW die Auffassung, dass diejenigen Oberstufenverbände, die an einem BBZ als Standort angesiedelt sind, auch die Möglichkeit haben müssen, berufliche Profilmächer anbieten zu können.

Der Lehrkräfteeinsatz muss so gestaltet sein, dass es nicht zu unzumutbaren Fahrzeiten durch häufigen Wechsel des Einsatzortes kommt. Die Lehrer_innengesundheit darf nicht durch „Lehrer_innentourismus“ gefährdet werden.

Übergang Schule-Berufliche Bildung

Die Kooperation mit den allgemeinbildenden Schulen sollte institutionalisiert werden, damit die Übergänge nicht als „Brüche“ erlebt werden.

Inklusion

Für den Erfolg inklusiver Unterrichtung muss die Arbeit in multiprofessionellen Teams gestärkt werden. Dazu sind zum einen der Einsatz von Sonderpädagog_innen und der Ausbau der Schulsozialarbeit dringend nötig. Zum anderen muss sie durch Lehrer_innenfortbildungen unterstützt werden.

Höhergruppierung der Lehrwerkmeister_innen

Für die Gruppe der Lehrwerkmeisterinnen und Lehrwerkmeister fordern wir die Bereitstellung von Fortbildungen, um den Aufstieg in eine höhere Entgeltgruppe zu ermöglichen.

Hochschule

Finanzierung

Die GEW-Saarland setzt sich insbesondere gegenüber der Landesregierung für eine Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen ein. Vor allem sollen künftige Tarifsteigerungen nicht weiter zu Lasten der Grundfinanzierungen der Hochschulen gehen, sondern vom Land übernommen werden. Der Bund muss sich stärker als bisher an den Hochschulen engagieren. Dazu muss der Hochschulpakt ausgebaut werden. Insbesondere sind Mittel zum Ausbau und zur Erhaltung der Infrastruktur, vor allem der Gebäude bereit zu stellen.

Beschäftigungsbedingungen und

Mitbestimmung

Die GEW-Saarland setzt sich weiterhin gegenüber der Landesregierung, dem Parlament und der Hochschulleitungen für eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen ein. Die Karrieremöglichkeiten im Hochschul- und Wissenschaftsbereich müssen dringend entsprechend der im Templiner Manifest der GEW formulierten Ziele verbessert werden.

Die GEW-Saarland unterstützt strukturell und politisch die Gründung von Personal- und Betriebsräten für bisher nicht vertretenes Personal wie etwa in Aninstituten oder wissenschaftsnahen Gesellschaften und Instituten und für wissenschaftliche bzw. studentische Hilfskräfte. Dazu gehört auch die flächendeckende Etablierung von Tarifverträgen im Wissenschaftsbereich.

Verzahnung zwischen Hochschule und

Schule

Die GEW-Saarland fordert eine stärkere Verzahnung zwischen Hochschulen und Schulen zur Berücksichtigung der fachlichen Anforderungen an Studienanfängerinnen und Studienanfänger für einen erfolgreichen Studienstart. Die GEW sieht dabei die Angliederung des Hochschul- und Wissenschaftsressorts an das gleiche Ministerium, dem auch die Schulen zugeordnet sind, als not-

wendigen und sinnvollen Schritt. Eine zentrale Aufgabe der Hochschulen ist und bleibt die Ausbildung der Landeskinder und die Bereitstellung eines entsprechend breiten Fächerangebotes.

Zivilklauseln

Die GEW unterstützt die Hochschulen bei der Erarbeitung von Zivilklauseln.

Weiterbildung

Die Weiterbildung gehört im Saarland zu den Bereichen, die seit Jahrzehnten unterfinanziert sind. Mindestens 1 % der Bildungsausgaben in den Länderhaushalten sollten für Weiterbildung vorgesehen werden. Damit können die Angebote erhöht werden und tarifvertragliche Vergütungen für die Beschäftigten im Weiterbildungsbereich gesichert werden. Die Mittel für die Weiterbildung, die im Doppelhaushalt 2016/17 vorgesehen sind, müssten daher um den Faktor 3 gesteigert werden.

Integrationskurse

Die GEW fordert die Festanstellung der Integrationskurslehrer_innen mit einer Vergütung, die sich am TVöD 11 orientiert. Sie plädiert für eine Unterrichtsverpflichtung von 26 Wochenstunden oder alternativ das Angebot eines Honorarvertrags mit einem dieser Einstufung entsprechenden Honorar von 54 Euro. Die ohne Zusatzqualifikation zugelassenen Lehrkräfte müssen eine kostenfreie und zumutbare Qualifizierung erhalten.

Kooperationsverbot aufheben

Der Bund kann Länder und Kommunen bei der Sanierung, Modernisierung und dem Neubau von Schulen und Hochschulen entlasten. Wenn in Klassenräumen der Putz von den Wänden fällt oder die Schülerinnen, Schüler und Studierenden den Gang zur Toilette scheuen, leidet auch der Lernprozess. Für Ganztag und Inklusion brauchen die Bildungseinrichtungen darüber hinaus andere Lernräume als etwa im Schulalltag vergangener Jahrzehnte. Der Bund kann mit einem Sanierungs- und Modernisierungsprogramm unmittelbar dazu beitragen, die Lehr- und Lernqualität zu verbessern. Im Gegenzug müssen sich die Länder verpflichten, mehr Personal einzustellen und die Bezahlung der Pädagoginnen und Pädagogen strukturell zu verbessern. Darüber hinaus muss der Bund den Ausbau der Schulsozialarbeit dauerhaft fördern. Wir brauchen einen Schlüssel von einem Sozialarbeiter auf 150 Schülerinnen und Schüler.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass das Kooperationsverbot im Bereich der Bildung aufgehoben wird. ■

(red.)

Foto: Matthias Römer

Gemeinsam erfolgreich arbeiten

Rede des neuen Landesvorsitzenden der GEW Saarland Thomas Bock



Konkret forderte der neue Vorsitzende die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung auf das Niveau von 2003 sowie die Einrichtung von 2 Stunden Systemzeit. Dabei betonte er zudem, dass Ähnliches für den Bereich der Erzieher_innen gelten müsse.

Gebundener Ganztag

Thomas hob die Wichtigkeit eines "echten" Gebundenen Ganztags hervor sowie die Unterstützung des von Minister Commerçon in Aussicht gestellten Rechtsanspruchs mit dem Ziel eines weiteren Ausbaus des Gebundenen Ganztags.

Hochschule

Hier betonte der neue Vorsitzende: "Das Kooperationsverbot muss fallen. Die Mittel für die Hochschulen müssen aufgestockt werden, wenn die Qualität gesichert und die prekären Arbeitsbedingungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter verbessert werden sollen." Vor dem Hintergrund des neu ausgehandelten Bund-Länderfinanzausgleichs sei es widersinnig jetzt 3 Jahre zu sparen, Gebäude verfallen zu lassen, Personal einzusparen, um dann in 3 Jahren zu sagen, dass dann wieder mehr Geld investiert werden könne.

Frühkindliche Bildung

Thomas stellte klar, dass wir in diesem Bereich eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen brauchen. Dazu sei ein Bundesqualitätsgesetz unabdingbar. Länder und Kommunen müssten aber auch in die Lage versetzt werden, dessen Umsetzung dann auch finanziell zu stemmen, woraus er wiederum die Notwendigkeit der Abschaffung des Kooperationsverbots ableitete.

Schulstrukturreform

Konkret stellte der neue Vorsitzende fest, dass die bloße Wiedereinführung von G9 die Probleme des Gymnasiums nicht lösen werde. Um die Sorgen der Eltern und die Nöte der Schüler_innen ernst zu nehmen, bräuchten wir innere Reformen am Gymnasium und langfristig eine Sekundarstufe I, die für alle Schüler_innen 10 Jahre umfasst, im Anschluss daran eine flexible modularisierte Oberstufe, die 2, 3 oder 4 Jahre umfassen kann.

Inklusion

Thomas leitete diesen Punkt ein, indem er betonte, dass er jedem eine professionelle

Haltung in dieser Frage unterstelle, da "eine professionelle Haltung eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg inklusiver Lernumgebungen in unseren Bildungsbereichen" sei. Und genau deswegen käme es eben auch auf die nötigen Ressourcen an, "sonst machen die mit der professionellen Haltung irgendwann nämlich halt, und zwar wegen Überarbeitung". Konkret forderte der neue Vorsitzende eine stärkere Verlagerung von sonderpädagogischen Fachkräften an die Regelschulen, wozu die CDU endlich ihre Blockadehaltung aufgeben müsse.

Gespräche mit der Landesregierung

Thomas hob die uneingeschränkte Einigkeit zwischen GEW, Verdi und GdP in der Ablehnung von Sparmaßnahmen im Bildungsbereich hervor, darüber hinaus die Tatsache, dass die GEW die erklärten Sparmaßnahmen zu keiner Zeit mitgetragen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen hat, anders als der Beamtenbund, der die Regierung bei der Umsetzung ihres Sparkurses "wunderbar unterstützt hat, wie es ein Leser der Saarbrücker Zeitung letzte Woche gut auf den Punkt brachte".

Die GEW habe in den Gesprächen erreicht, dass der Stellenabbau in den Schulen gestoppt wurde und darüber hinaus zusätzliche Stellen geschaffen wurden, um mit den Herausforderungen der Zuwanderung und des Geburtenanstiegs umzugehen.

Personalratswahlen

Thomas stellte fest, dass die Personalratswahlen 2017 in den Schulen, den Landkreisen und den Kommunen eine große Herausforderung darstellen, die direkt nach dem Gewerkschaftstag angegangen werden müsse und bat um die Unterstützung unserer Kandidat_innen.

Während des Streiks 2015 habe die GEW einen hohen Anstieg der Mitgliederzahlen im SuE-Bereich verzeichnet. Daraus ergeben sich reale Chancen, mit einigen Listen anzutreten und auch einige Mandate für die GEW zu erzielen.

Thomas dankte in diesem Zusammenhang besonders dem Personalrat der wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Uds, der unter schweren Bedingungen hervorragende Arbeit leistete.





verständlich für die Fortsetzung dieser sehr wertvollen Zusammenarbeit einsetze

Im Anschluss seiner Rede wurde der Kandidat mit einem Ergebnis von 82,5 % der Delegierten gewählt.

Aussprache

In der auf die Rede folgenden Aussprache wurden die Themen noch durch die Bereiche Berufliche Bildung und Weiterbildung ergänzt. Durch Nachfragen einiger Delegierten hatte Thomas noch die Gelegenheit die Bedeutung der Beruflichen Schulen im Zusammenhang mit der Gestaltung der Oberstufenkooperationen zu betonen. Zum anderen wies Thomas auf die Notwendigkeit hin, weitere Verbesserungen für die prekär Beschäftigten im Bereich der Weiterbildung zu erzielen. ■

Helmut Bieg

Fotos: Matthias Römer

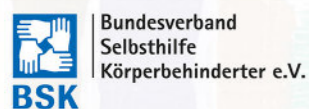
Kooperationen

Zuletzt verwies der neue Vorsitzende noch auf unsere erfolgreiche Zusammenarbeit mit

dem DGB, den DGB-Gewerkschaften GdP und Verdi und mit der Arbeitskammer des Saarlandes und betonte, dass sich die GEW selbst-

ANZEIGE

Kunstkalender gemalt von Kindern mit Behinderung



Jetzt reservieren:
Tel.: 06294 4281-70 E-Mail: kalender@bsk-ev.org
www.bsk-ev.org

Junge Flüchtlinge im Saarland

Spannende und detailreiche Diskussion

Wie soll mit den jungen Flüchtlingen umgegangen werden, die im Saarland angekommen sind und wie wird mit ihnen umgegangen? Das waren die zentralen Fragen in der gut besetzten Diskussionsrunde, die eher exemplarisch als allgemein das Thema anging, aber am Ende dann doch den Kern der Sache traf. Lena Schmidt, Sozialpädagogin von der PÄDSAK, Omar Darwish, 19-jähriger kurdisch-syrischer Flüchtling mit ganz eigenen Erfahrungen im saarländischen Bildungssystem, Akin Aslan, türkischstämmiger Kollege aus einer Gemeinschaftsschule in Völklingen, Joachim Fegert, neues GV-Mitglied für den Bereich Schule, Christel Pohl, neues GV-Mitglied für den Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit und nicht zuletzt der Minister für Bildung und Kultur, Ulrich Commerçon legten - auch ihre ganz persönlichen - Erfahrungen mit der Problematik dar.

Der Minister stellte schon zu Anfang klar, dass die vorhandenen Mittel nicht ausreichen und auch in naher Zukunft nicht ausreichen werden, was angesichts der Dimension der gesellschaftlichen Aufgabe auch nicht verwundert. Er sieht die Zuwanderung aber auch als eine demographische Chance für das Saarland, die man nutzen muss und setzt eigene Schwerpunkte so - nach eigener Aussage - vor allem bei der schulischen Sozialarbeit.

Lena Schmidt schilderte einen ganz persönlichen Fall einer Familie mit drei schulpflichtigen Kindern, für die die Suche nach Schulplätzen im Regionalverband einer Odyssee ähnelte. Damit wurde allen Beteiligten nochmal klar, dass die Probleme oft sehr detailliert und individuell sind. Die Unterbringung von jungen Flüchtlingen an Schulen im Regionalverband sei auch kein einfaches Unterfangen wegen der hohen Anzahl gerade in der Region um die Landeshauptstadt. Das gab auch der Minister zu.

Omar Darwish, dessen Fluchtschicksal stellvertretend für viele andere noch einmal eindrucksvoll wiedergegeben wurde, versuchte den anwesenden Delegierten zu verdeutlichen, dass die individuelle Betreuung - auch mit Maßnahmen - eine der größten Herausforderungen in der Flüchtlingsobhut darstellt. Insbesondere das schnelle Lernen der Sprache stellte er in den Vordergrund der Notwendigkeiten. Er machte den Anwesenden klar, dass aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen allgemeine Regelungen für die Schulung von Flüchtlingen oftmals ins Leere laufen. Nicht der Zugang zu einem Schulplatz

ist das Entscheidende, sondern der Zugang zum passenden Schulplatz. Die Altersgruppe der 17 bis 19jährigen, der auch Omar angehört, stellt ein besonderes Problem dar, weil sie an der Schwelle zwischen Jugendhilfe und Erwachsenenrecht stehen. Dies betonte Lena Schmidt auch noch einmal ausdrücklich.

Christel Pohl gab einen Einblick in die Situation der Kindertagesstätten, in denen - im Gegensatz zu den Schulen - wenig zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung stehen. Hier gibt es oft große Verständigungsprobleme, vor allem mit den Erziehungsberechtigten und angesichts großer Traumatisierungen viel-

gende Rolle des Lernens der deutschen Sprache dabei.

Joachim Fegert stellte das Modell der Ganztagsgemeinschaftsschule Neunkirchen mit einem integrativen Modell jenen mit Willkommensklassen gegenüber und berichtete aus seinem Alltag an dieser Schule, die prozentual die höchste Zahl von Flüchtlingen aufgenommen hat.

Minister Commerçon machte zum Abschluss klar, dass er zwar die Probleme in den Kindertagesstätten sieht, aber auf der anderen Seite auch froh ist, dass die Kinder - im



Diskussionsrunde, v.l.n.r.: Thomas Bock, Joachim Fegert, Akin Aslan, Christel Pohl, Minister Commerçon, Omar Darwish, Lena Schmidt

ler Kinder auch der Wunsch nach personeller Unterstützung. Es scheint nach den Schilderungen so, als gäbe es in diesem Bereich noch eine Menge zu tun. Christel Pohl sprach stellvertretend für viele Beschäftigte in diesem Bereich auch aus, was sie bewegt: Sie fühlen sich allein gelassen.

Akin Aslan fand gute und schlechte Seiten am derzeitigen Umgang mit den Folgen der großen Flucht. Er betonte, dass er in einigen Fällen die Wiederholung von Fehlern in der Integration beobachten kann und forderte eine Verstärkung des Deutschunterrichts für die Zuwanderer. Auch er betonte die zentrale Rolle der Sprache für die Integration in Deutschland und erinnerte dabei an seine eigene Migrationsgeschichte und die überra-

Gegensatz zu vorher - in die Kindertagesstätten geschickt werden. Er beklagte, dass in vielen Bereichen der Flüchtlingsintegration zwar genug Gelder vorhanden seien, allerdings oftmals auch nicht abgerufen werden. Er wies auch darauf hin, dass es in bestimmten Gebieten des Saarlandes mehr Probleme gibt als in anderen.

Am Ende wiesen die Beteiligten auch noch einmal auf die Rolle der informellen Bildung hin, die für die Integration eine bedeutende Rolle spielt. Gerade im Nachmittagsbereich spielen solche Bildungsprozesse eine besondere Rolle. Ein weiteres Argument für die gebundene Ganztagschule. ■

Matthias Römer

Foto: Matthias Römer



Anerkennungsgesetz erfolgreich



26 Prozent der neuen Anträge fielen 2015 auf diese Berufe (23,5 Prozent 2014). Häufig werden hier Anträge für die Berufe Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement und Elektroniker_in gestellt. Insgesamt stehen an erster Stelle der Neuankömmlinge auf Anerkennung erstmals Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, gefolgt von Ärztinnen und Ärzten. In diesen Berufen können Personen mit einer anerkannten Qualifikation besonders dazu beitragen, den bestehenden Fachkräftengpass abzumildern.

In einem aktuellen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird das deutsche Modell der Berufsanerkennung als gute Praxis bei der Arbeitsmarktintegration ausländischer Fachkräfte hervorgehoben. Demnach haben Arbeitgeber, die neue Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen wollen, ein hohes Interesse an Möglichkeiten zur beruflichen Anerkennung. Zudem stellen die Unternehmen heraus, dass die Anerkennung Fachkräfte in die Lage versetzt, anspruchsvollere Aufgaben zu übernehmen.

Laut amtlicher Statistik haben die meisten Antragstellerinnen und Antragsteller im Jahr 2015 ihre Ausbildung in Rumänien gemacht (1.938 Anträge) gefolgt von Polen (1.881) und Bosnien und Herzegowina (1.536). Auf die Herkunftsländer von Flüchtlingen Syrien, Iran, Irak und Afghanistan entfielen gut 1.000 Anträge. Aktuell ist ein deutlicher Anstieg bei der Anerkennungsberatung für Flüchtlinge zu verzeichnen.

Der ILO-Bericht hebt auch die in Deutschland etablierten Informationsangebote wie das Internetportal "Anerkennung in Deutschland" hervor, das mittlerweile in neun Sprachen, darunter Arabisch angeboten wird. Um für Arbeitgeber die Bekanntheit der Berufsanerkennung als Instrument zur Gewinnung von ausländischen Fachkräften weiter auszubauen, ist in diesem Jahr das vom Bundesbildungsministerium geförderte Projekt "Unternehmen Berufsanerkennung" gestartet, das vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks getragen wird. ■

(red.)

Weitere Details zur Anerkennungsstatistik für die Bundesberufe finden Sie unter: www.anerkennung-in-deutschland.de. Weitere Informationen zum Thema Anerkennung finden Sie unter: www.bmbf.de/de/anerkennung-auslaendischer-berufsqualifikationen-1091.html

Foto: fotolia.de/@beerkoff

Das Statistische Bundesamt hat die Ergebnisse der amtlichen Statistik zum Anerkennungsgesetz des Bundes veröffentlicht. Im Jahr 2015 wurden demnach 19.389 neue Anträge auf Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation nach dem Anerkennungsgesetz des Bundes gestellt. Dies entspricht einer Steigerung um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2012 wurden damit insgesamt bereits über 63.000 Anträge gestellt.

"Die Anerkennungsregelungen und die Informations- und Beratungsangebote wirken. Dies zeigt die gestiegene Nachfrage nach einer Berufsanerkennung. Das Anerkennungsgesetz schafft neue Beschäftigungsperspektiven für ausländische Fachkräfte, dies ist auch

im internationalen Vergleich ein wichtiger Standortvorteil", sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka.

Die überwiegende Anzahl der Anerkennungsverfahren endet positiv: So wurde in 74 Prozent der Fälle die volle Gleichwertigkeit mit dem deutschen Referenzberuf bescheinigt. 23,3 Prozent der Antragstellerinnen und Antragsteller erhielten eine teilweise Gleichwertigkeit bzw. die Auflage einer Ausgleichsmaßnahme, mit der festgestellte wesentliche Unterschiede zum deutschen Referenzberuf ausgeglichen werden können. Die Ablehnungsquote blieb mit 2,6 Prozent noch unter dem Niveau der vergangenen Jahre.

Weiter gestiegen sind die Anträge bei den Ausbildungsberufen im dualen System: Knapp

Tag der Gebundenen Ganztagschule

Am 04. November 2016

Der Arbeitskreis der Schulleitungen an den Gemeinschaftsschulen im Gebundenen Ganztage (ASGG), der sich im Schuljahr 2015/16 gegründet hat, hatte zu diesem „Tag der Gebundenen Ganztagschulen“ an die Gemeinschaftsschule Bellevue eingeladen. Ziel der Veranstaltung war, auf diese attraktive Schulform (im Saarland leider immer noch die Ausnahme...) aufmerksam zu machen. So jedenfalls äußerten sich Ursula Seelmann und Clemens Wilhelm, die beiden Sprecher des Arbeitskreises, im Vorgespräch am LPM.

Folgerichtig fand dieser Tag auch an einer „echten“ gebundenen Ganztagschule statt. Alle acht gebundenen Ganztagschulen im Sek I-Bereich stellten ihre Schule auf vielfältige Weise dar (Präsentationswände, Video-clips, Logbücher; Rhythmisierungsraster, Angebote der gebundenen und ungebundenen Freizeit, musikalische Beiträge der Geb. Ganztagschule Bellevue, Merchweiler und Neunkirchen...).

Grußwort des Ministers

Auch das ambitionierte Programm dieses Vormittages ließ unschwer erkennen, wieviel Herzblut die Organisatoren in diesen Tag gelegt hatten. So war das Ministerium für Bildung und Kultur nicht nur durch die Referatsleiterin des Referats B 2 Schulentwicklung und Ganztagschulen, Monika Hommerding, vertreten. Auch die Leiterin des Referates B 1,



Christine Streichert-Clivot, hatte sich Zeit genommen und last but not least, hob der Bildungsminister Ulrich Commerçon in seinem Grußwort die Wichtigkeit des Ausbaus dieses Angebots im Saarland hervor. Denn von einem auswahlfähigen Angebot, so der Minister, sei man hierzulande noch weit entfernt.

Im Saarland gäbe es noch zu viele „Zwangs-Halbtagschulen“, deshalb wird es nach Meinung des Ministers in der nächsten Legislaturperiode einen Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht geben müssen. Damit ein Ganztagskonzept gelingen kann und so die Bildungschancen aller Kinder steigen, braucht es eine gute, räumliche Ausstattung. An dieser Stelle bedankt sich der Minister bei den Trägern, die ein bedarfsgerechtes Raumkonzept an den Gebundenen Ganztagschulen umgesetzt hätten. Auch was die Personalausstattung angehe, sei das Saarland auf einem guten Weg.

Impulsvortrag

Mit Jürgen Oelkers konnte für den Impulsvortrag ein renommierter Wissenschaftler der Universität Zürich gewonnen werden. Ganztagschulen müssten seiner Meinung nach viel offensiver ihre Vorteile gegenüber Halbtagschulen herausstellen.

Als gravierendes Unterscheidungsmerkmal hob Prof. Oelkers den anderen Umgang mit Hausaufgaben hervor, die - neben dem Sitzenbleiben - für Eltern die größte Zumutung darstellten. Halbtagschulen hätten einfach zu wenig Zeit, deshalb gäbe es zu viele Hausaufgaben. Anders an den Gebundenen Ganztagschulen, wo häufig am Anfang jeden Tages Übungsphasen stattfinden, die von Lehrer_innen und/oder älteren Schüler_innen begleitet werden. Auch die „Diktatur“ des Stundenplanes lasse sich nur in einem guten Ganztage verändern, wo Projektunterricht, Epochenunterricht und eine andere Rhythmisierung eben auch andere Unterrichtsformen ermöglichen. Diese Formen des miteinander Lernens, in denen die Lehrer_innen mehr Zeit für individuelle Unterstützung haben, führten häufig zu einer intensiveren Beziehung zwischen Schüler_innen und Lehrer_innen.

Podiumsdiskussion

„Eines Tages fällt dir auf, dass du 99% nicht brauchst, denn es reist sich leichter mit kleinem Gepäck...“ Mit diesem Song, begleitet von der Bläsergruppe der „Max von der Grünschule“ unter Leitung von Peter Maurer, wurde zur Podiumsdiskussion übergeleitet, die kompetent von Christine Alt vom Saarländischen Rundfunk moderiert wurde. Erfreulicherweise waren neben den Fachleuten für



den Gebundenen Ganztags (Prof. Dr. em. Jürgen Oelkers, Universität Zürich; Monika Hommerding, Ministerium für Bildung und Kultur; Patrik Lauer, Vorsitzender Landkreistag des Saarlandes; Ursula Seelmann, Schulleiterin der Geb. GemS St. Wendel; Bernhard Strube, Landeselterninitiative für Bildung) auch zwei Schülerinnen, Jasmin Schultheiss und Jana Steffens, des 10. Jahrgangs der Geb. GemS Bellvue im Podium und kamen als erste zu Wort. Schule als Ganztagschule sei einfach praktisch, so Jasmin. Für sie und Jana sei es ganz normal, so lange in der Schule zu sein. Als absoluten Vorteil beschrieben die beiden, dass immer jemand da sei, der helfen könne - entweder Mitschüler_innen oder Lehrer_innen.

Sowohl Patrik Lauer als auch Monika Hommerding räumten ein, dass eine verwirrende Terminologie (gebundene oder echte Ganztagschulen, teilgebundene Schulen mit Ganztagsklassen, freiwillige Ganztagschulen als additives Modell, in dem vormittags Unterricht und nachmittags Betreuung stattfindet) und eine schwer zu durchschauende Struktur bei der Personalisierung der multiprofessionellen Teams (so ist die Sozialarbeit an Schulen derzeit auf drei Ministerien verteilt) nicht helfen, die Vorteile der Gebundenen Ganztagschulen ausreichend nach außen darzustellen (z.B. Beitragsfreiheit; Verlässlichkeit des Bildungsangebotes; „Externe“, die die Lehrer_innen unterstützen und den Schulalltag bereichern, mehr Zeit zu lernen, zu üben, sich auszuprobieren und zu leben,...).

Auf die abschließende Frage der Moderatorin, woran es denn liege, dass es nicht mehr

dieser „echten“ Ganztagschulen im Saarland gebe (im Landkreis Merzig-Wadern gibt es weder eine Grundschule noch eine weiterführende Schule, mit Ausnahme des Hochwaldgymnasiums, das einen Ganztagszug von Klasse 5 bis 9 vorhält - Anmerkung der Redaktion), waren sich die Mitglieder des Podiums über Folgendes einig:

- Die gute Arbeit der bestehenden Schulen müsse Eltern überzeugen
- Schulen sollten sich freiwillig auf diesen Weg begeben
- Lehrer_innen sollten vor dem Hintergrund, was gut für die Kinder in einer veränderten Gesellschaft ist, über ihre veränderte Arbeitszeit nachdenken

Bleibt zu hoffen, dass dieses Bildungsangebot nicht nur vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Wandels, sondern auch vor dem Anspruch nach mehr Bildungsgerechtigkeit von Eltern eingefordert und für ihre Kinder gewählt werden wird. ■

Anna Haßdenteufel

Fotos: Anna Haßdenteufel, Andreas Sánchez Haselberger



World Vision
Zukunft für Kinder!

DAS SCHÖNSTE GESCHENK FÜR KINDER: EINE ZUKUNFT.

Das ist die **KRAFT** der Patenschaft.

Jetzt Pate werden:
worldvision.de



Ergebnis genauer betrachtet

Die Daten des Ländervergleichs

Bereits vor fünf Wochen konnte man in den Medien erfahren, dass erneut Daten eines Ländervergleichs im Bildungswesen veröffentlicht wurden. Das Echo im Saarland war verhalten. Die Saarbrücker Zeitung überraschte mit der Schlagzeile ‚Minister kritisiert Daten‘ um dann im Innenteil die Pressemitteilung des Ministeriums, wonach saarländische Schüler_innen sich in den Fächern Deutsch und Englisch verbessert hätten, wiederzugeben. Die Kritik an den Daten, die auf der Vorderseite plakativ erwähnt wurde, bezog sich auf die Tatsache, dass es für einige Felder des Testes nicht genügend Daten aus dem Saarland gab, um belastbare Aussagen treffen zu können.

Man kann nun auf dem Standpunkt stehen, dass dieser Test nichts Neues für das Saarland brachte oder man kann sich die Daten genauer ansehen. Tatsächlich kann man dem Bericht einige interessante Informationen über das Saarland und die Leistungen der Neuntklässler entnehmen, die zu weiteren Fragen führen. Wer sich ein genaueres Bild machen möchte, der kann die Kurzfassung des Berichts lesen, der unter https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2016/BT_2015_Zusammenfassung.pdf kostenfrei im Internet abrufbar ist. Der komplette Bericht ist ebenfalls im Netz verfügbar.

Zunächst ein paar Worte zur Datenerhebung: Beschlossen von der KMK wird in Deutschland in bestimmten Abständen sowohl im Primarbereich als auch im Sekundarbereich ein sogenanntes Bildungsmonitoring durchgeführt, das dazu dient, zu überprüfen, welche der in den Bildungsstandards verabschiedeten Ziele von den Schülerinnen und Schülern erreicht worden sind. Die jetzt veröffentlichte Untersuchung bezog sich auf die Fächer Deutsch und Englisch (zum Teil auch Französisch) und hierbei im Fach Deutsch auf die Kompetenzbereiche Lesen, Zuhören und Orthografie, im Fach Englisch auf die Kompetenzbereiche Leseverstehen und Hörverstehen. Dabei konnten die 2015 erhobenen Daten mit bereits 2009 erhobenen Daten in den gleichen Fächern verglichen werden.

Die Ergebnisse für das Saarland sind sehr vielschichtig und können natürlich hier nicht in kurzer Form umfassend wiedergegeben werden, allerdings sollten bestimmte augenfällige Resultate für die Fächer Englisch und Deutsch zusammenfassend beschrieben werden. Hierbei soll vor allem erklärt werden, warum das Saarland sich in einigen Kompe-

tenzbereichen unter dem Durchschnitt der Länder bewegt, obwohl seit 2009 Verbesserungen eingetreten sind.

Fakt ist, das Saarland hat sich im Bereich der Gymnasien im Vergleich zu 2009 in beiden getesteten Kompetenzbereichen im Fach Englisch erheblich verbessert. Es erreicht ein höherer Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler an dieser Schulform den Regelstandard und ein höherer Prozentsatz den Optimalstandard. Die Steigerung beim Optimalstandard sind erheblich höher als beim Regelstandard. Dazu muss man allerdings erwähnen, dass alle Bundesländer in diesen Bereichen zulegen konnten. Dennoch erscheint das Saarland hier auf einem guten Weg, insbesondere die guten Ergebnisse im Hörverstehen lassen vermuten, dass die Arbeit in diesem Bereich auch im Hinblick auf Prüfungen (Abitur) an den Gymnasien Wirkungen entfaltet haben.

Im unteren Leistungsbereich sind die Zahlen hingegen nicht so rosig. Hier verfehlen laut den Daten im Leseverstehen 34 % der Schülerinnen und Schüler, im Hörverstehen 22 % der Schülerinnen und Schüler den Mindeststandard des MSA. Den Regelstandard für den MSA erreichen oder übertreffen im Leseverstehen 35 % der Schülerinnen und Schüler, im Bereich Hörverstehen 36 %. Kontrastiert man diese Daten mit den Daten, die für das Gymnasium alleine erhoben wurden, kann man aufgrund der Verteilung der Schülerschaft im Saarland schließen, dass ein sehr hoher Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen nicht den Mindeststandard in beiden Kompetenzbereichen im Fach Englisch erreicht. Eine Tatsache, die den Verantwortlichen zu denken geben sollte und die in der Presse keine explizite Erwähnung fand. Man könnte es auch salopp formulieren und zusammenfassend sagen: Das insgesamt unterdurchschnittliche Abschneiden in Englisch im Ländervergleich ist im hohen Maße durch die schlechten Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen verursacht, während beim Gymnasium insbesondere die Spitze von den Entwicklungen der letzten Jahre profitiert hat.

Auch im Fach Deutsch lassen die Ergebnisse im unteren Bereich aufhorchen, so erreichen im Saarland im Kompetenzbereich Lesen 24,5 % der Schülerinnen und Schüler nicht den Mindeststandard des MSA, beim Zuhören sind es 20,9 %. Andere Bundesländer können in die-

sen Bereichen wesentlich bessere Ergebnisse vorzeigen. Lediglich im Bereich Orthografie kann das Saarland sich behaupten. Hier erreichen nur 13 % den Mindeststandard nicht. Es gibt im Fach Deutsch auch nur minimale Veränderungen im Vergleich zum Jahr 2009, wenn man sich die prozentualen Anteile derjenigen Schülerinnen und Schüler anschaut, die den Regelstandard erreichen. Allerdings ist das Saarland eines der wenigen Bundesländer, in denen der Anteil derjenigen, die den Regelstandard nicht erreichen höher geworden ist im Vergleich zum Jahr 2009. Im Fach Deutsch zeigen sich ebenfalls starke Disparitäten im Hinblick auf die Leistungen am Gymnasium und den Gemeinschaftsschulen. Dass die Spitze am Gymnasium naturgemäß höher angesiedelt ist, dürfte niemanden überraschen, dass aber am Gymnasium im Bereich Lesen 17 % der Schülerinnen und Schüler den Regelstandard (MSA) nicht erreichen, an der Gemeinschaftsschule jedoch 53 % ist bemerkenswert.

Das Saarland fällt im Vergleich zu anderen Bundesländern auch in Bezug auf die Datenerhebung auf. Mit Berlin und Hamburg gehört es nämlich zu den Bundesländern, bei denen rund 20 % der Daten fehlten. Das ist deswegen erwähnenswert, weil einige statistische Untersuchungen aus diesem Grunde unter Vorbehalt stehen, so können verlässliche Aussagen über den Zusammenhang von Zuwanderung und erreichten Kompetenzbereichen in den beiden Fächern nicht statistisch belegbar getroffen werden. Dieser Missstand wurde bereits bei der Erhebung in Mathematik vor einigen Jahren durch das IQB kritisch angemerkt. ■

Matthias Römer

Anmerkung: Im Text ist von Gemeinschaftsschule die Rede. Allerdings befanden sich die getesteten Schülerinnen und Schüler zum Zeitpunkt des Tests noch in der Gesamtschule bzw. der Erweiterten Realschule. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit habe ich den Bezeichner Gemeinschaftsschule gewählt.



Jahrestagung der GEW-Redakteure

Landeszeitung- und Online-Redakteure der GEW treffen sich in Stuttgart

Wie jedes Jahr trafen sich die Redakteure der Landeszeitungen der GEW, diesmal zusammen mit den Online-Redakteuren, zu einem Gedankenaustausch und auch zum gegenseitigen Kennenlernen. Diesmal fand dieses Treffen am 2. und 3. November 2016 in Stuttgart statt und so hatten wir noch das besondere Vergnügen einen Blick auf die Dauerbaustelle „Stuttgart 21“ werfen zu können. In dem Informationszentrum im Bahnhofsturm wird dieses gigantische Unternehmen auf mehreren Ebenen präsentiert, aber auch die begeistertsten Schilderungen unserer Führerinnen konnten mich nicht von der Sinnhaftigkeit dieses an Gigantomanie grenzenden Bauvorhabens überzeugen.

Gegen 16 Uhr begann schließlich unsere erste Arbeitseinheit mit dem Thema „Geschichten erzählen für alle GEW-Kanäle“. Peter Berger, ein Redaktions- und Verlagsberater, erläuterte uns anhand verschiedener Beispiele, welche Inhalte bzw. welche Themen für die verschiedenen „GEW-Kanäle“ (Zeitung, Website, Facebook) erwartet werden und auch geeignet sind. In kleinen Arbeitsgruppen sortierten wir selbst die vorgegebenen Inhalte

und Themen bezüglich ihrer Eignung für die verschiedenen Medien. Auch die Präsentation der Inhalte musste natürlich dem jeweiligen Medium angepasst sein. Nach dieser ersten kurzweiligen und anregenden Arbeitseinheit trafen wir uns abends zu einem gemeinsamen Essen.

Für den nächsten Morgen hatte ehemalige Vorsitzende der GEW Schleswig-Holstein Mathias Heidn eine Präsentation zur bundesweiten Bildungsinitiative „Bildung - weiter denken!“ vorbereitet. Ausgangssituation für diese Initiative war die chronische Unterfinanzierung von Bildung und die damit einhergehenden gebetsmühlenartigen Argumente gegen zusätzliche Investitionen in Bildung, wie etwa Schuldenbremse, Kooperationsverbot, Bund-Länder-Finanzausgleich, etc.

Er wies unter anderem auf die verschiedenen Aktionszeiträume hin, die jeweils unter einem Thema stehen, so stand im ersten Aktionszeitraum im November das Thema „Wertschätzung“ im Vordergrund, im zweiten Aktionszeitraum Anfang Februar steht das Thema „Inklusion“ im Focus und im dritten, Anfang April, das Thema „Gute Arbeit“, der

vierte und letzte Aktionszeitraum muss noch geplant werden, da er mit Sicherheit erst nach dem Gewerkschaftstag veranstaltet werden kann. Ansprechpartner für diese Initiative der GEW sind bundesweite Mathias Heidn (heidn@gew-sh.de) und Johanna Thumm (johanna.thumm@gew.de).

In einer dritte und letzte Arbeitseinheit am späteren Vormittag wurden zwei Landeszeitungen vorgestellt, einmal die Zeitung aus Bremen und zum Zweiten die aus Sachsen-Anhalt. Auch hier war es wie immer interessant zu erfahren mit welcher unterschiedlichen Ressourcen die verschiedenen Landesverbände ihre Zeitungen produzieren. Das geht von mehreren hauptamtlichen Redakteurinnen und Redakteuren bis hin zu einer rein ehrenamtlich zusammengesetzten Redaktion, (wie zum Beispiel im Saarland).

Insgesamt gesehen ist ein Jahrestreffen sinnvoll und interessant, zumal auch durch das Einrichten gemeinsamer Plattformen etc. die Arbeit der Redaktionen erleichtert und verbessert werden kann. ■

Agnes Bender-Rauguth

Der Wahlausschuss informiert

Vorbereitung zum 28. Gewerkschaftstag der GEW

Der Wahlausschuss für den 28. ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg im Breisgau hat sich am 17. Juni 2016 in Frankfurt am Main unter Vorsitz von Doro Moritz, Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg, entsprechend der Richtlinien des Wahlausschusses konstituiert. Der Wahlausschuss beschloss entsprechend der Richtlinien den folgenden Terminplan:

Die Bekanntgabe der Ämter, die durch Wahl auf dem Gewerkschaftstag zu besetzen sind, erfolgt in der Dezember-Ausgabe 2016 von „E&W“ sowie in den GEW-Landeszeitungen. Bis zum 5. Februar 2017 besteht die Möglichkeit der Einreichung von Wahlvorschlägen beim Vorstand des Wahlausschusses. Vor diesem Hintergrund gibt der Wahlausschuss bekannt, dass gemäß geltender Satzung auf dem Gewerkschaftstag 2017

nachstehende Ämter durch Wahl zu besetzen sind:

1. Geschäftsführender Vorstand

- Die Vorsitzende oder der Vorsitzende
- Die Mitglieder der Arbeitsbereiche Finanzen, Frauenpolitik, Tarif- und Beamtenpolitik
- Vier Mitglieder für die Organisationsbereiche Jugendhilfe und Sozialarbeit, Schule, Hochschule und Forschung, Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Gemäß § 20, Ziffer 4 wird aus der Mitte der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes nach Ziffer 1 b) und 1 c) der Satzung die oder der stellvertretende Vorsitzende in einem gesonderten Wahlgang gewählt. Eine der beiden Vorsitzenden nach Ziffer 1 a) und Ziffer 4) soll eine Frau sein.

2. Bundesschiedskommission

Drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder der Bundesschiedskommission (nach § 9 der Satzung).

Gemäß den Richtlinien und Beschlüssen des Wahlausschusses können die GEW-Landesverbände sowie die Bundesausschüsse bis zum 5. Februar 2017 Wahlvorschläge bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, z. H. des Geschäftsführers, GEW-Hauptvorstand, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt am Main, einreichen.

Nach Prüfung der Gültigkeit der eingereichten Wahlvorschläge und Einholung der Zustimmung der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgt die Bekanntgabe der Kandidaturen im Vormonat des Gewerkschaftstages in der April-Ausgabe 2017 von „E&W“. ■



LPM-Nr.: C1.301-0667

Frauen in Funktionsstellen

**16. Februar 2017
von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
in der GEW-Geschäftsstelle, Mainzer Str. 84, Saarbrücken
Referentin: Ursula Blaß-Graf, GEW-Frauenbeauftragte**

Nach der Neufassung des saarländischen Landesgleichstellungsgesetzes sind die Chancen von Frauen bei Bewerbungen auf Funktionsstellen so gut wie nie. Das Gesetz schreibt die Pflicht zur frauenfördernden Personalplanung zwingend vor. Auch wird nun festgeschrieben, was die Frauenbeauftragten aller Schulformen seit langem fordern und was de facto in vielen Ausschreibungen der letzten Zeit schon umgesetzt wurde: das Recht auf Funktionsstellen in Teilzeit. Damit wird - für beide Geschlechter - die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhöht.

Anmeldung nur online unter www.lpm.uni-sb.de

In Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM)



**Bildung. Weiter denken!****GEW**

// GEW-EXKURSION //

didacta 2017 in Stuttgart

LPM-Nr.: C1.301-1867

GEW-Busfahrt zur didacta 2017

Freitag, 17. Februar 2017

Abfahrt 07.00 Uhr | Saarbrücken-Messe Gelände
07.30 Uhr | P+R Autobahnausfahrt Limbach (A8)

Die Bildungsmesse ist die weltweit größte Messe ihrer Art. Mehr als 800 Anbieter präsentieren Einrichtungen, Ausstattungen, Lehr-, Lern- und Arbeitsmittel, neue Medien, Dienstleistungen, Organisations- und Verwaltungssysteme, Fachliteratur und sonstige Verlagszeugnisse für Kindergarten, Schule und Hochschule.

Alle Teilnehmer erhalten vom LPM eine Teilnahmebescheinigung ausgestellt. Voraussetzung ist aber ein vorherige Anmeldung zur Fahrt über das LPM.

Kosten: StudentInnen, ReferendarInnen und SchülerInnen der Fachschulen für ErzieherInnen, KinderpflegerInnen und HeilerziehungspflegerInnen: 5,- Euro - vor Ort

Anmeldung online unter www.lpm.uni-sb.deGewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Landesverband Saarland | Mainzer Str. 84 | 66121 Saarbrücken | Tel.: 0681/66830-0 | E-Mail: info@gew-saarland.de

Mit dem Blick der Fachgruppe

Zum Interview „Inklusionskonzept der GemS Dudweiler“ | EuWiS 11/2016, S. 10

In der letzten EuWiS mit dem Schwerpunkt Inklusion haben wir ein Interview mit der Sonderpädagogin Gesine Schweitzer abgedruckt, das unser Redaktionsmitglied Helmut Bieg geführt hat. Ein Interview ist immer eine Zusammenschau persönlicher Meinungen und Haltungen der oder des Interviewten und stellt keine Stellungnahme der Redaktion oder der GEW dar. Wir als Redaktion sind dankbar für die Bereitschaft von Personen, die uns - auch in Form eines Interviews - ihre begründeten Positionen offen legen weil wir glauben, dass dies für einen demokratischen Diskurs sinnvoll ist.

Die Fachgruppe sonderpädagogische Berufe hat in Reaktion auf dieses Interview nun eine Stellungnahme verfasst, die noch einmal die GEW-Position in Bezug auf die im Interview aufgeworfenen Fragen verdeutlichen soll. Diese Stellungnahme drucken wir natürlich auch gerne an dieser Stelle in unserer Zeitschrift ab, weil sie die Diskussion über die Inklusion an saarländischen Schulen sicher bereichern wird.

Die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW- Saarland nimmt nach eingehender Diskussion und im Einklang mit den Beschlüssen der GEW wie folgt Stellung zu dem Artikel "Inklusionskonzept der GemS Dudweiler - Interview mit Gesine Schweitzer" in der EuWiS 11/2016:

Die Verteilung von Förderschullehrerstunden, sowohl in Form der Budgetierung als auch deren Zuweisung zu einzelnen Teams stellt kein Inklusionskonzept dar. Ein Inklusionskonzept ist ein Schulentwicklungskonzept einer Schule. Dieses Konzept basiert auf Wertschätzung und Gleichberechtigung aller Mitglieder der Schulgemeinschaft. Die Aufgabe der Schule ist es, den Unterricht und das Schulleben so zu gestalten, dass alle Schüler sich zugehörig fühlen und alle Lern- und Entwicklungsfortschritte machen können.

In einer inklusiven Schule wird auf die Kategorisierungen "förderbedürftig" "nicht förderbedürftig" verzichtet. Jeder Mensch ist anders, hat Stärken und Schwächen. Vielfalt ist erwünscht. Jeder Schüler und jede Schülerin hat Förderbedarf. Gerade der Stigmatisierung und Ausgrenzung will die von der Bundesregierung bereits 2009 ratifizierte UN- Behinderten-rechtskonvention entgegenwirken. Um diesen Anspruch angemessen zu realisieren, muss jede Schule mit personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet sein.

Das Absenken des Anforderungsniveaus gibt der Schule die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler möglichst über einen zeitlich begrenzten Zeitraum durch individualisierte Angebote zu fördern und diese Leistungen auch zu benoten. Das Absenken des Anforderungsniveaus muss durch die Klassenkonferenz erfolgen, wird schriftlich in dem Förderplan niedergeschrieben und halbjährlich durch die Klassenkonferenz evaluiert! Somit ist die Schulleitung mit eingeschlossen. Es ist also keineswegs so, dass die Schüler jahrelang abgesenkte Anforderungen zu erfüllen hätten, ohne dass die Entscheidungen überprüft würden.

Das Absenken soll dem Schüler, der Schülerin ermöglichen, sich Erfolgserlebnisse zu verschaffen, die diese oft dringend brauchen, auch fehlenden Stoff aufzuarbeiten. Gäbe es ausschließlich kompetenzorientierte Zeugnisse oder Berichtszeugnisse könnte das formale Verfahren entfallen, und es würden die Leistungen und Lernfortschritte beschrieben werden, z.B. wie es in den skandinavischen Ländern der Fall ist.

In dem Interview wird bedauernd festgestellt, dass Schüler und Schülerinnen mit Beeinträchtigungen im Lernen und Verhalten nicht mehr zur Überprüfung auf sonderpädagogischen Förderbedarf gemeldet werden. Viele Kolleg_innen finden es positiv, das Kind nicht mehr "fest - stellen" zu müssen. Was ein Kind mit Lernschwächen an Hilfen braucht, können die Förderschullehrer_innen vor Ort und die Regelschullehrkräfte aufgrund ihrer Fachausbildung sehr gut einschätzen und prozessorientiert begleiten. Gegebenfalls kann die Leitung der allgemeinen Schule eine Unterstützungsanfrage an ein Förderzentrum oder eine Förderschule stellen, um die Kolleg_innen zu beraten und weitere Fördermöglichkeiten zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, wie kritisch Testverfahren in der pädagogischen Wissenschaft gesehen werden, vor allem, wenn es um eine Schulartzuweisung (wie "sonderpädagogisch") geht (vgl. Sander, Begemann, Probst, Preuss-Lausitz, die dazu vielfältige Untersuchungen durchführten). Für den Begriff der Lernbehinderung gibt es keine eindeutige, wissenschaftliche Definition. Diese war stets abhängig von den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. (siehe Heinrich Stötzner "Schule der Schwachsinnigen", Schulen im Nationalsozialismus ... usw.)

Erwähnenswert sei vielleicht noch, dass es nur in Deutschland und noch in Teilen Öster-

reichs die Förder- oder Sonderschule Lernen gibt. Global gesehen gibt es diese nicht (mehr).

Als Lösungsvorschlag wird von der Förderschullehrerin die Response-to-Intervention angegeben. Diese in den USA entwickelte Methode wurde im "Rügener Inklusionsmodell" angewandt. Dieser Modellversuch (durchgeführt auf der Insel Rügen an Grundschulen, einer Förderschule, einem Förderzentrum) ist bereits abgeschlossen und wird in der Fachliteratur sehr kritisch bewertet. Als typische Merkmale von RTI hat der Inklusionsforscher Andreas Hinz die Defizitorientierung, das behavioristische Lernverständnis und die Orientierung am medizinischen Behindertenbegriff herausgehoben. Kritisiert wird auch, dass Schüler_innen sehr vielen Testverfahren ausgesetzt sind, in denen sie an die Normalitätserwartungen gemessen und entsprechend bestimmten Kategorien zugewiesen werden und so von der Teilhabe am gemeinsamen Unterricht ausgeschlossen werden.

Die Inklusionspädagogik setzt diesem technologisch, verhafteten Förderkonzept eine pädagogisch begründete, flexible Förderpraxis entgegen, die sich auf Beobachtung, Coaching, Austausch und Kooperation aller Beteiligten in Form multiprofessioneller Teams stützt und so eine fundierte Förderplanung durchführt.

Die Unterrichtung von Kindern mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung sollte sich nicht nur auf "räumliche Ressourcen" beziehen. Die Inklusion bzw. Integration dieser Kinder wird in allen Bundesländern seit Mitte der 80iger Jahre weitgehend ohne Schwierigkeiten praktiziert.

Die Fachgruppe verweist im Hinblick auf die von der GEW vertretenen Positionen auf den "Schulweg zur Inklusion" (http://www.gew-saarland.de/images/pdf/Schulweg_zur_Inklusion.pdf) und hofft, dass sich weiterhin viele an der intensiven Diskussion innerhalb und außerhalb der GEW zu diesem wichtigen bildungspolitischen und gesellschaftlichen Thema beteiligen. ■

Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW Saarland

**EINE SCHULE
FÜR ALLE
FÖRDERN STATT
AUSLESEN**



Querschnittsaufgaben von Schule

Themenschwerpunkt in H. 3/2016 der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“ | Hrsg. von der GEW



„Querschnittsaufgaben“ bezeichnen ressortübergreifende Aufgaben, die Organisationen oder Institutionen vor allem für gesellschaftliche Herausforderungen „fit machen“ sollen, etwa Umweltschutz, Nachhaltigkeit oder die Gleichstellung verschiedenster Gruppen. Auch Schulen sollen Querschnittsaufgaben erfüllen - und es werden immer mehr! Das Heft zeigt Ansätze auf, die in der Praxis entwickelt wurden, und schildert Gelingenbedingungen und Stolpersteine.

Götz Bieber, Jürgen Wiechmann und Günter Becker stellen dar, welche Querschnittsaufgaben in Lehrplänen, Schulgesetzen und Landesverfassungen verankert sind. Wolfgang Beutel fragt, wie Schule als hierarchisch organisierte Organisation zu einem Ort der Demokratieerziehung werden kann, an dem nicht nur „über“, sondern Demokratie selbst gelernt werden kann. Maria Anna Marchwacka beschreibt Gesundheitsbildung als Element der Organisations-, Personal- und

Unterrichtsentwicklung und präsentiert eine Lehrkräftebefragung. Saskia Niproschke erörtert mit Blick auf Gewaltformen und gewaltfördernde Strukturen Möglichkeiten und Grenzen von Gewaltprävention und schulklimatischen Ansätzen. Magdalena Buddeberg zeigt Hindernisse und Chancen der Bildung für nachhaltige Entwicklung auf.

Die DDS kann online - auch einzelne Artikel - und gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.dds-home.de. ■

Sylvia Schütze

die Anregungen und Beispiele dieses Buches nutzen wird das (Schul-)Programm nicht wie gewohnt weiterlaufen.

P.S.: In vielen Bundesländern wird Schulleitungsqualifikation von den Landesinstituten angeboten. Es wäre eine wohl überraschend freundliche Geste, wenn die Teilnehmer_innen beim 1. Treffen dieses Buch von ihrem Dienstherren geschenkt bekämen. Es wird sich auszahlen. ■

Klaus Winkel

Hans-Peter Kirsten-Schmidt: Schule leiten von A bis Z - Innehalten und neue Wege finden
Cornelsen Verlag
128 Seiten,
ISBN: 978-3-589-15070-0,
Preis: 17,99 Euro

Die drei folgenden Kapitel: „Ich halte inne“; „Eine Gruppe geht in Klausur“; „Die Schule hält inne“ verdeutlichen, dass Innehalten und neue Wege finden kein Schulleiterprivileg ist. Schulleiter sollen immer auch ihre Kolleginnen und Kollegen, ihre Schule nicht nur im Auge haben, sondern ihnen die Chance zum Innehalten einräumen und sie beteiligen, neue Wege zu finden.

anderen Schulformen und Bundesländern in der besonderen Atmosphäre hoch über dem Thuner See darüber spricht. Neue Wege werden gefunden und begehbar gemacht.

Wie in dieser Reihe üblich endet jedes Kapitel mit einem Abschnitt „Praxishilfen“ und „Auf den Punkt gebracht“. - Mich persönlich überzeugen die Beispiele auch so.

Die Literaturliste gibt gezielte und hilfreiche Hinweise – doch die Erfahrungen stehen deutlich im Vordergrund. Das Register ist für all jene, die dieses Buch griffbereit auf ihrem Schreibtisch liegen haben, zunächst sicher eine Hilfe.

Ich empfehle „Innehalten“ auch allen Lehrerinnen und Lehrer zur Lektüre. Wenn alle

Voneinander lernen, Miteinander handeln.

Integration auf dem Lande | Neuer Film von Paul Schwarz

„Wir schaffen das“. Wie man das schafft, was Integration überhaupt ist und wie sie gelingt, zeigt ganz konkret der 90-minütige Film von Paul Schwarz „Voneinander lernen. Miteinander handeln. Integration auf dem Lande“ am Beispiel von fünf jungen Migranten und Flüchtlingen. Eineinhalb Jahre lang begleitete Schwarz mit einem Kamerateam die jungen Leute aus Syrien, Kurdistan, Ukraine und Türkei in ihrem Alltag, in ihren Familien, in ihrer Freizeit, Schule, Ausbildung und gesellschaftlichem Engagement. Das Ganze spielt in der ländlichen Region von Uchte, ca. 80 km nördlich von Hannover.

eine Antwort. Er macht Mut, regt an und zeigt, was möglich und machbar ist, vor allem auch, wie man Stolpersteine auf dem Weg zur Integration beseitigen kann. Er lässt keine Angstdebatte aufkommen und eröffnet Chancenaussichten für die deutsche Mehrheitsgesellschaft.

Entscheidend für eine gelingende Integration und den Abbau von Vorurteilen ist das gegenseitige Kennenlernen, die Begegnung, das tägliche Miteinander und das gemeinsame Handeln. ■

(red.)

Der Film auf einer konfektionierten und menügesteuerten DVD ist für 15,00 Euro plus Porto erhältlich: schwarzpaul@t-online.de



Schule leiten von A bis Z



Der SR 2 unterbricht den morgendlichen Sendeablauf zu unterschiedlichen Zeiten durch „Innehalten“. Meist spricht ein Theologe zum Nachdenken anregende persönliche Texte immer über den Alltag hinausweisend. Dann folgen wieder Musik, Nachrichten, Unterhaltendes. Das übliche Programm läuft weiter. Die zunächst bewegenden Worte verfliegen ...

Das INNEHALTEN des Autors Hans-Peter Kirsten-Schmidt meint sehr viel mehr: Er unterstellt zurecht, dass Schulleiter und Schulleiterinnen immer sehr viel Unaufschiebbares, Dringendes sofort zu tun und zu erledigen haben, („Fragt man einen Schulleiter an einem beliebigen Arbeitstag ohne besondere Veranstaltung, was er heute so getan habe, kommt er schnell auf 40 oder mehr Aktivitäten.“ S.7), während das Wichtige (z.B.: sorgfältige Vorbereitung einer Konferenz und ihre anschließende Auswertung, strategische Ausrichtung der Schule bei veränderter Schülerschaft, pädagogische Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe ...) immer wieder hintangestellt, auf „Morgen“ verschoben wird. Doch der nächste Tag verläuft genau so wie der vorige.

Deshalb fordert der Autor was ich „aktives Innehalten“ nennen möchte. Für kurze oder längere Zeit den Tagesablauf unterbrechen mit dem Ziel, ein wichtiges Problem zu lösen, mit einem Freund über eine Situation sprechen, ein hilfreiches Buch lesen...

Darüber schreibt er nicht abstrakt. Vielmehr greift er auf sein Erleben als Schulleiter einer Gesamtschule in Hessen zurück und bedenkt dieses auf seinen Nutzen für sich und seine Schule. Das Ergebnis dieser Reflektion wird mit einer Fülle von Beispielen präsentiert und durch die eigenen Erfahrungen beglaubigt.

Aufgeteilt ist das Buch in 6 Kap. Mit „Ach! Die Zeit“ beginnt es. Kirsten-Schmidt nimmt gleich zu Beginn das scheinbar größte Problem in Angriff und empfiehlt u.a. „Lesen Sie! Lesen Sie!“ Bücher seien doch anregende Freunde, die man überall mit hinnehmen kann. Meine Empfehlung: Machen Sie sich dieses Buch zum Freund. Lesen Sie! - doch nicht auf 'einen Sitz', sondern legen Sie es griffbereit auf ihren Schreibtisch, damit Sie dann, wenn die Situation danach ist, nachlesen können.

ANZEIGE

ERTEILEN SIE DEM WORT DAS LETZTE WORT.



THE WEAPEN

Im Jahr 2015 wurden weltweit 144 Medienschaffende getötet. Und mit ihnen ein Stück unserer Informationsfreiheit. Um ein weltweites Zeichen gegen gewaltsame Unterdrückung zu setzen, entwickelten wir von Reporter ohne Grenzen: THE WEAPEN. 144 limitierte Kugelschreiber für 144 ermordete Reporter.
Setzen Sie ein Zeichen gegen Zensur mit Ihrem WEAPEN. Erhältlich auf THEWEAPEN.COM

REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Zivilcourage. Wie der Staat seine Bürger im Stich lässt



Michael Wolffsohn hat eine provozierende und stürmische Streitschrift vorgelegt, die keine ausgewogene Analyse ist, sondern ein Appell an die politisch Verantwortlichen, für die innere Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger mit rechtsstaatlichen Mitteln zu sorgen, statt mit Aufrufen zur Zivilcourage Selbstjustiz zu provozieren.

Zivilcourage ist gewiss auch für Michael Wolffsohn eine positive Tugend, aber nur dann, wenn es sich um die persönliche, autonome Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger selbst handelt; demokratiegefährdend und bedrohlich-lebensgefährlich wird es aber aus seiner Sicht, wenn staatliche Repräsentanten zur Zivilcourage aufrufen: "Unverdrossen ermuntert in [...] München der Polizeipsychologe die Bürger, Zivilcourage zu zeigen. Landauf, landab dominieren diese scheinaklugen Empfehlungen. Tipps für mehr Zivilcourage bietet jedes Blatt oder jeder Blog an, der etwas auf sich hält. Die Zivilcourage-Industrie boomt, Kurse und Workshops für mehr Zivilcourage haben Konjunktur" (S. 11).

Als markantes, mahndendes und abschreckendes Beispiel nennt er den Aufruf des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder nach dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000. Schröder verdächtigte damals Nazis als Täter und forderte einen "Aufstand der Anständigen"; später stellte sich heraus, dass die Täter Muslime waren. Im Kern geht es Wolffsohn in seiner Streitschrift um das Gewaltmonopol, das dem Staat zu entgleiten droht; der Ruf der Politiker nach Zivilcourage sei ein Zeichen eines Zivilisationsbruchs: "Wenn der Staat seine Bürger zur Zivilcourage aufruft, will er sie zu moralisch überzeugendem Handeln verleiten [...] Der Staat gibt faktisch sein Gewaltmonopol preis. Er erlaubt eine Atomisierung der Gewalt, in der letztlich jeder gegen jeden kämpft. Gleichzeitig beharrt er formal auf seinem Gewaltmonopol und bestraft Bürger, die das ausführen, was der Staat nicht konnte." (S. 12/13).

Angewandte Zivilcourage sei eine Variante der Selbstjustiz, die zur Gewaltanwendung führen und eine Eigendynamik entfesseln und in mörderische Gewalt umschlagen könne. Der Aufruf zur Zivilcourage entpuppe sich als "geradezu lebensgefährdende Mogelpackung", da nicht "Bürgermut", sondern "Bürgerwehr" gemeint sei: "[...] dann schickt der Staat auf diese Weise seine Bürger in den Tod. Er bringt sie zumindest in große Gefahr. Er schafft sich, in letzter Konsequenz, selbst ab, denn es ist die (Ur-)Aufgabe eines jeden Staates, die Bürger nach innen und außen zu schützen." (S. 21/22).

Wolffsohn geht davon aus, dass - unabhängig vom jeweiligen Täter - ein Aufruf zur Zivilcourage von vielen Menschen ernst genommen werden könne; Mutige geraten schnell in tödliche Gefahr bei persönlichem Eingreifen in Auseinandersetzungen wie z.B. Tuğçe Alabayrak und Dominik Brunner oder werden bestraft wie Yavuz Yer: "Diese Helden der Menschlichkeit sind nicht nur Opfer von Unmenschen, sondern auch von wohlmeinenden Gutmenschen, die immer wieder von den Bürgern Zivilcourage fordern und sie - ungewollt, versteht sich - in Gefahr bringen oder quasi in den Selbstmord treiben" (S. 13). Wolffsohn beobachtet vielfach ein Aufweichen oder gar Aufgeben des Gewaltmonopols des Staates wie z. B. in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof, wo die Polizei hilf- und tatenlos reagierte.

Wenn Konflikte nicht mehr nach den Regeln des Rechtsstaats gelöst werden, dann befinde sich dieser in Auflösung - so Wolffsohn. Der Staat lasse seine Bürgerinnen und Bürger im Stich, denn ohne Sicherheit gebe es keine Freiheit: "Rechtsextremisten nutzen das entstandene Machtvakuum vornehmlich im deutschen Osten für reichsfreie, national befreite Zonen, Linksextremisten und Chaoten haben ihre rechtsfreien Räume. Die Polizei rufen weder die einen noch die anderen freiwillig. Mit vereinten Kräften schwächt diese Koalition der Gegensätze den Staat als Staat... Darunter leidet auch die Sicherheit der Bürger vor den Bürgern - nicht vor dem Staat, denn der ist zahn" (S. 18).

Gerade im Vielvölkerstaat Deutschland seien aber rechtsstaatliche Regelungen unverzichtbar, sonst herrsche kein Zusammenhalt und keine Gemeinschaft sondern nur Chaos und in letzter Konsequenz Bürgerkrieg, wenn irgendwann die Bürgerinnen und Bürger dann selbst zur Waffe greifen wie in den USA. Dies alles sei eine Folge der Einsparmaßnahmen bei der inneren Sicherheit in Deutschland. Wolffsohn plädiert gewiss nicht für die Errichtung eines Polizeistaats mit flächendeckender Überwachung und Datenspeicherung, aber dazwischen gebe es sicher eine "breite Palette" von verschiedenen Möglichkeiten. Leider belässt es Wolffsohn bei diesen wolkigen Formulierungen und nennt keine konkreten praktischen Beispiele, über die man dann trefflich streiten könnte.

Die Einforderung von Zivilität statt Zivilcourage mag eine originelle ethisch-philosophische Denkarbeit sein, reicht aber für die Lösung der Probleme der inneren Sicherheit nicht aus. Wolffsohn hat mit spitzer Feder ein brisantes und hochaktuelles Thema aufgegriffen, das seit Jahren brodelnd: Wie schaffen wir mehr Sicherheit im öffentlichen Raum mit rechtsstaatlichen Mitteln ohne zu einem heimlichen und schnüffelnden Polizeistaat zu degenerieren? ■

Klaus Ludwig Helf

Michael Wolffsohn: Zivilcourage. Wie der Staat seinen Bürger im Stich lässt.
dtv-Verlagsgesellschaft, München 2016, 96 Seiten
ISBN: 978-3-423-34885-0
Preis: 7,90 Euro

Gute Geschenke

Empfohlen von Matthias Römer

Korruption in Kenia

In diesem Buch wird anhand einer Hauptfigur, des Regierungsbeauftragten für Antikorruption in Kenia, John Githongo, staatliche Willkür und Macht in einem afrikanischen Vorzeigestaat seziiert.

John Githongo, ein Freund der Autorin, musste in London Zuflucht suchen, nachdem er von der Nachfolgeregierung Daniel Arap Moïse zum »Antikorruptions-Zaren« ernannt wurde, um die alten Verhältnisse aufzuarbeiten und darauf zu achten, dass sich solche politischen Verfehlungen nicht wiederholten. John Githongo merkte jedoch bald, dass die neue Administration sich fast identischer Techniken wie die alte bediente, um öffentli-

che Gelder in private Taschen umzuleiten. Statt jedoch mitzumachen, sammelte Githongo Beweise und Indizien, deckte einen großen Skandal auf, wurde entlassen, wiederingesetzt und musste schließlich um sein Leben fürchten. Das Buch wird in Kenia nicht verkauft.

Wer einen Einblick in die Funktionsweise eines korrupten Staatsgebildes erlangen möchte und die Frustration angesichts solcher Verhältnisse nicht scheut, dem sei das Buch für lange Winterabende empfohlen. ■

Michaela Wrang: Jetzt sind wir dran – Korruption in Kenia
Edition Tiamat, ca. 420 Seiten, Taschenbuch
ISBN: 978-3-89320-140-2
Preis: 22 Euro



Schöne Vorlesegeschichten

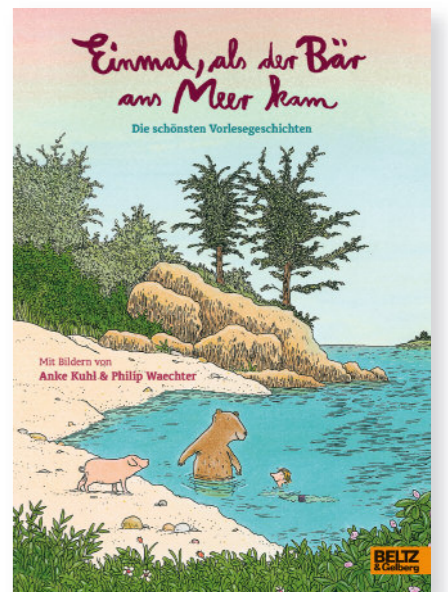
Beltz hat in den vergangenen Jahren schon mehrere dieser Sammlungen herausgegeben und alle, die ich bisher in meinen Händen gehalten habe waren wunderbar.

Gute Vorlesegeschichten in einer schönen Länge, liebevoll illustriert von Anke Kuhl und Philip Waechter.



Die Autorenschar, die sich in diesem Buch versammelt ist illustrierbar aber neben vielen bekannten Kinderbuchautoren findet sich auch der eine oder andere Unbekannte. Ein wirklich schönes und für alle Eltern nützliches Geschenk. ■

Einmal, als der Bär ans Meer kam – Die schönsten Vorlesegeschichten
Beltz Verlag, gebunden, ca. 350 Seiten
ISBN: 978-3-407-82169-0
Preis: 16,95 Euro



Das Wetter und die Weltgeschichte

Sollte es tatsächlich so sein, dass entscheidende Ereignisse der Weltgeschichte nicht durch kluge (oder stümperhafte) Führung herbeigeführt wurden sondern durch das Wetter. Was löste die mittelalterliche Warmperiode, die kleine Eiszeit und der Götterwind (Kamikaze) aus und wie wurde die Menschheit dadurch in eine neue Richtung getrieben? Anschaulich und gut beschrieben, lesbar und ziemlich interessant ist das neue Buch des Historikers und Arztes Ronald D. Gerste, in dem in vielen kurzen Kapiteln über diese Wetterwendepunkte berichtet wird. ■

Ronald D. Gerste: Wie das Wetter Geschichte macht
Klett-Cotta, gebunden, ca. 290 Seiten
ISBN: 978-3-608-94922-3
Preis: 19,95 Euro





0,- Euro Bezügekonto²⁾ der „Besten Bank“

¹⁾ Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto vom 18.04.2016 bis 30.12.2016, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied sowie Abschluss Online-Kontowechselservice und 2 Mindestgeldeingänge je 800,- Euro in 2 aufeinanderfolgenden Monaten – innerhalb von 6 Monaten nach der Kontoeröffnung.
²⁾ Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice
- ✓ Vorteil für GEW-Mitglieder:
100,- Euro Startguthaben¹⁾



Vorteile für
GEW-Mitglieder!

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 192 (kostenfrei)
www.bbbank.de/gew

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst